

Gesine Schwan

## Plädoyer für einen Neubeginn in unserer Europapolitik



**Gesine Schwan**

(\* 1943) war von 1999 bis 2008 Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder und ist heute Präsidentin der Humboldt-Viadrina School of Governance in Berlin.

gesine.schwan@humboldt-viadrina.org

**E**pochenwechsel bemerkt man nicht, wenn man mittendrin ist. Erst aus zeitlichem Abstand schälen sie sich heraus. Den Beginn der Epoche der Deregulierung und der Marktradikalität datieren viele auf die Amtszeit der konservativen Politiker Ronald Reagan und Margaret Thatcher. Wichtige marktradikale Deregulierungen im Bankensektor, die die Finanzkrise und die gegenwärtige Europa-Krise mit vorbereitet haben, sind allerdings erst unter dem Demokraten Bill Clinton erfolgt. Und drastische Steuersenkungen sowie Deregulierungen in den Arbeitslosen- und Sozialversicherungen in Deutschland erst unter Rot-Grün. Unter dem Druck anhaltend hoher Arbeitslosigkeit, niedriger Bestände in den Sozialkassen und dem unaufhörlichen Medientrommelfeuer mit dem Vorwurf gegen die Schröder-Regierung, die Reformunfähigkeit Deutschlands zu zementieren, verkündete Gerhard Schröder schließlich im März 2003 die Agenda 2010, die damals vorherrschenden »angebotsorientierten« Deregulierungsrezepte folgte.

Dazu gehörte allem voran die Forderung, den »kranken Mann« Deutschland in Europa und im neuen Schub der Globalisierung durch Senkung der Lohn- und Produktionskosten wieder »wettbewerbsfähig« zu machen. Der dahinter stehende,

Europa immer entscheidender prägende Slogan des »Standortwettbewerbs« der Staaten, war im Zuge der ökonomischen Globalisierung spätestens seit dem Vertrag von Maastricht 1992 über die Parteigrenzen hinweg zur Richtschnur wirtschaftspolitischen Handelns geworden. Zwar gefielen der rot-grünen Bundesregierung nach der Jahrtausendwende die niedrigen Steuer- und Sozialversicherungssätze im Nachbarland Polen nicht, denn sie drohten von Deutschland Kapital abzuziehen. Aber gerade darin – günstige Investitionsbedingungen auf der Angebotsseite für das Kapital zu schaffen, nicht zuletzt durch Lohnverzicht auch der deutschen Gewerkschaften – bestand ja das Paradigma des marktradikalen »Standortwettbewerbs«. Das Prinzip des »No bail out«, das die gegenwärtige Krise so zerstörerisch verschärft hat, folgt nicht zwingend aus der Grundkonstruktion der Europäischen Union als einer Union von Staaten, sondern vor allem aus dem seit Maastricht und der allge-

meinen marktradikalen Entwicklung forcierten Prinzip des »Standortwettbewerbs«.

Die SPD hat sich angesichts des zunehmenden globalen Wettbewerbs für Europa mehrheitlich nicht gegen dieses Prinzip gestellt, obwohl sein den europäischen Zusammenhalt unterminierendes Potenzial erkennbar war: Nicht Kooperation, sondern Konkurrenz bestimmte nun mehr denn je das Verhältnis zwischen den Mitgliedsstaaten der EU. Das unter Helmut Schmidt propagierte »Modell Deutschland«, das auf Kooperation zwischen Kapital und Arbeit und auf Mitbestimmung ausgerichtet war, wurde unter dem Druck der marktradikalen Medienkampagnen etwa für die sogenannte »Neue Soziale Marktwirtschaft« zugunsten eines »Standort«-Modells verabschiedet, das die kooperativen und sozial absichernden Elemente deutlich reduzierte, um global für investierendes Kapital attraktiv zu sein, in der Hoffnung, damit Arbeitsplätze und Wachstum zu schaffen. Der mit der Erweiterung von Partizipation und sozialer Sicherheit verbundene Begriff der »Reform« wurde in sein Gegenteil verkehrt, indem er nun auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des »Standorts« Deutschlands durch Steuersenkungen, Lohnverzicht, Senkung der Lohnnebenkosten und Deregulierungen aller Art zielte.

Wenn die gegenwärtige Krise der Europäischen Union überwunden werden soll, muss dieser marktradikale »Standortwettbewerb« der letzten 20 Jahre verabschiedet werden. Wir brauchen dringend eine erneuerte, *nun viel intensivere innereuropäische Kooperation*, nicht nur wie bisher zwischen den Staaten, also intergouvernemental, sondern transnational: im Europaparlament, in der Europäischen Kommission und vor allem zwischen den europäischen Bürgergesellschaften und ihren Organisationen.

Sie wird die Nationalstaaten nicht aufheben. Aber sie muss – gerade in Deutschland – weitsichtig, mutig und öffentlich erkennbar die Konsequenz daraus ziehen, dass der »Standortwettbewerb« untauglich geworden ist, weil die Europäische Union durch die gemeinsame Währung längst eine Haftungs- und Transferunion ist, die die Finanzkrise an den Tag gebracht und innerhalb derer der »Standortwettbewerb« schließlich zu zerstörerischen Ungleichgewichten geführt hat. Gerade das auf seinen Export angewiesene Deutschland kann es sich im wohlverstandenen eigenen Interesse nicht leisten, dass europäische Nachbarn illiquide werden oder aus dem Euroverbund ausscheiden und damit dieser Verbund als Ganzer sich aufzulösen droht.

Die Anerkennung dieses Faktums – vor der die Regierung Merkel bisher zurückschreckt und damit gefährliche Illusionen über mögliche deutsche Alleingänge in Europa nährt – gleicht in ihrer epochalen und zugleich höchst umstrittenen Bedeutung der Anerkennung der Oder-Neiße Grenze in den 60er Jahren, für die Willy Brandt kämpfte, als noch so manche Sozialdemokraten dies als ungebührlichen Verzicht auf nationale deutsche »Interessen« und territoriale Besitzstände ablehnten. Brandt hatte als weitsichtiger und mutiger Politiker erkannt, dass die deutsche Politik im Beharren auf bornierten nationalen Interessen, ohne die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, in eine Sackgasse geraten würde, die keine Chancen für eine aktive deutsche Wiedervereinigungspolitik bot. Dafür bedurfte es einer engen Verzahnung von deutscher und gesamteuropäischer

**»Wir brauchen dringend eine erneuerte, viel intensivere innereuropäische Kooperation, nicht intergouvernemental, sondern transnational.«**

Politik (einschließlich einer Versöhnung mit Osteuropa), die alle rein nationalen Konzepte und überkommenen territorialen Ansprüche verabschiedete.

Wie bei Brandts seinerzeitiger Ostpolitik gilt es heute zu erkennen, dass die Zukunft von Deutschlands nationalen Interessen und erst recht des sozialdemokratischen Interesses an Gerechtigkeit in Freiheit untrennbar mit einer aktivierten europäischen Einigungspolitik verbunden ist. Sie verlangt heute eine Politik der Inklusion jener Schichten, die im Zeitalter der Marktradikalität ins Hintertreffen geraten sind und nun abgehängt zu werden drohen. Diese Solidarität, Kernanliegen der SPD, kann nicht rein deutsch gelingen, sondern nur zugleich in Deutschland und in Europa, in europäischer Kooperation.

Die Sackgasse der gegenwärtigen, eng national definierten deutschen Europapolitik können wir aber nur verlassen, wenn wir *die in der Währungsunion faktisch entstandene europäische Haftungs- und Transferunion offen und mutig bejahen*, weil wir sie erst dann fantasievoll, entschieden, vor allem europäisch kooperativ und dadurch nachhaltig gestalten können. Darin läge die von vielen europäischen Nachbarn geforderte deutsche Führungsaufgabe, nicht im Oktroi deutscher Rezepte. Es ist richtig, die Deutschen waren in den 90er Jahren erst

**»Die Sackgasse der gegenwärtigen, eng national definierten deutschen Europapolitik können wir nur verlassen, wenn wir die europäische Haftungs- und Transferunion offen und mutig bejahen.«**

bereit, ihre erfolgreiche D-Mark aufzugeben, nachdem Maastricht mit einem strengen Bail-Out-Verbot verknüpft worden war. Sie wollten nicht für eventuelle Schulden der europäischen Nachbarn haften.

Aber die Zeit hat diesen Vorbehalt durch die normative Kraft der faktischen Entwicklung überholt. Demokratische Politik kommt ohne rechtliche Verbindlichkeit nicht aus, aber Politik muss sich früh genug um die Weiterentwicklung des Rechts kümmern, wenn es die Beziehung zur Realität zu verlieren droht.

Wie in den 60er Jahren schließt die schwarz-gelbe Regierung vor den Realitäten die Augen, versucht den europäischen Nachbarn die eigene Blindheit als allein-seligmachende Sicht der Dinge aufzuerlegen und gefährdet die Zukunftschancen der Deutschen.

Zur Wahl steht, ob wir die aktuelle Flickschusterei mit immer erweiterten Rettungsschirmen unter dem alten marktradikalen Paradigma des »Standortwettbewerbs« und des Bail-Out-Verbots fortsetzen wollen, innerhalb dessen die Bundesregierung den hoch verschuldeten Staaten (nicht deren Wirtschaften!) eine bessere »Wettbewerbsfähigkeit« predigt und zugleich die faktisch längst eingetretene gemeinsame Haftung verschleiern negiert, allen europäischen Nachbarn eine ebenso fantasie- wie aussichtslose Sparpolitik auferlegt, die durch den Europäischen Gerichtshof festgeklopft werden soll und ihnen dabei misstrauisch abspricht, dass sie aus eigenem Impetus verantwortlich politisch zu handeln vermögen.

Die bessere Alternative ist, dass Deutschland die ihm zugewachsene Verantwortung für eine solidarische und politökonomisch angemessene Konsolidierung der nationalen europäischen Haushalte nutzt, mit der die Finanzmärkte wirklich beruhigt werden könnten, weil sie die Gefahr der Rezession und einer drohenden Depression zu überwinden vermag und den verschuldeten Staaten ermöglicht, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Dazu müssen die notwendigen Einsparungen in eine Wachstums-, Stabilitäts- und Sozialpolitik

eingebettet werden, die den europäischen Bürgern durch ihre politische Teilhabe eine motivierende Perspektive für eine erhöhte wirtschaftliche Produktivität eröffnet und damit zugleich die technokratisch-antidemokratischen Elemente der schwarz-gelben Europapolitik überwindet, welche die Demokratien in Europa durch einen permanenten »Ausnahmestand« außer Kraft zu setzen droht.

Die deutsche Sozialdemokratie hat das Zeug und die Chance, diese zweite Option politisch zu profilieren, zu propagieren und zu verwirklichen. In vielen Verlautbarungen finden sich wertvolle Elemente dafür. Allerdings versprengt, ohne einen roten Faden und unentschieden, so dass die deutsche Öffentlichkeit bisher nicht den Eindruck gewinnen konnte, dass es eine schlüssige, klar konturierte und überzeugende Alternative der Sozialdemokraten zur Europapolitik der gegenwärtigen Bundesregierung überhaupt gibt.

### **Unentschlossene sozialdemokratische Europapolitik**

Stattdessen erleben wir ein Hin und Her zwischen scharfer Kritik an der Regierungspolitik und nachträglichem Einlenken auf deren Kurs. Quasi von Monat zu Monat müssen die gigantischen Rettungsschirme, für die Bundeskanzlerin Merkel jeweils wirbt, vergrößert werden. Die Bundesregierung sträubt sich zunächst regelmäßig dagegen und gibt dann doch europäischem Drängen nach. Die Sozialdemokratie kritisiert diese schwankende Haltung von Angela Merkel ebenso regelmäßig und stimmt dann doch ihren Vorschlägen zu, weil sie sich ihrer »staatstragenden« Verantwortung nicht entziehen möchte. Längere Zeit konnte man die Regierungspolitik als raffinierte Strategie der Kanzlerin interpretieren, die auch die SPD in den Augen der Öffentlichkeit in Verlegenheit brachte: Durch ihre vorangehenden Ablehnungen habe sie die verschuldeten Staaten und ihre prinzipiell unverantwortlich handelnden Regierungen eben gezwungen, ihrer deutschen Linie einer strikten Sparpolitik endlich zu folgen.

Mit der Zeit mussten alle auf diese Linie einschwenken, die EZB hat zweimal die europäischen Banken mit riesigen Summen geflutet, vorübergehend sind die Zinsen für südeuropäische Anleihen gesunken. Aber jetzt steigen sie wieder und damit die Sorge, dass die Rettungsschirme erneut erweitert werden müssen, weil sonst europäische Staaten doch illiquide werden könnten oder den Euro verlassen müssten. Zudem breitet sich die Einsicht aus, dass Sparpolitik allein keinen Ausweg aus der Krise bietet.

Deshalb drängt sich immer deutlicher der Eindruck auf, dass ein radikaler Schritt nottut, um das Vertrauen der Bürger nicht restlos zu verlieren und anti-europäische Gefühle in Deutschland in Schranken zu halten. Dazu reicht es allerdings nicht, der Bundeskanzlerin nur ihre ständigen Kurswechsel vorzuwerfen. Die Sozialdemokratie muss eine geradlinige und klare Alternative vorschlagen, die für Deutschland wie für Europa mehr Sicherheit und einen langfristigen Zusammenhalt verspricht. Es genügt nicht, Eurobonds zunächst zu fordern, dann in Erwägung zu ziehen, schließlich auf später zu verschieben und damit in Positionen einzumünden, die Frau Merkel kurz davor in cleverer

Voraussicht gerade selbst bezogen hat. Stattdessen muss zunächst der notwendige Paradigmenwechsel erklärt und genau erläutert werden, wie das Wachstum europäisch gemeinsam gestaltet und finanziert werden soll. Das wird ohne eine gemeinsame europäische Haftung nicht gelingen, denn die Transaktionssteuer wird vermutlich dafür nicht genug erbringen.

### **Keine Angst vor den Wählern**

Um ihre europapolitische Alternative zu profilieren, muss die Sozialdemokratie der deutschen Öffentlichkeit klipp und klar sagen, dass all die Zick-Zack-Schritte von Angela Merkel in den letzten zwei Jahren nicht zufällig oder ihrem persönlichen Zaudern, sondern der Tatsache geschuldet waren, dass Deutschland sich längst in einer europäischen Haftungs- und Transferunion befindet, die es nur zu seinen Ungunsten verlassen könnte. Diese Tatsache will die Kanzlerin verschleiern, damit sie keine Wählerstimmen verliert. Hatte sie doch wahltaktisch und selbstgerecht die »vorbildliche« ökonomische Position Deutschlands auf den Fleiß der Deutschen und das Versagen der europäischen Nachbarn zurückgeführt und ihrer Klientel in einem moralisierenden, volkswirtschaftlich aber irreführenden Diskurs zum Munde geredet. Und dabei suggeriert, Deutschland könne sich aus den Problemen der europäischen Nachbarn heraushalten. In dem Augenblick, wo die Deutschen diese Illusion verlieren und der Realität ins Auge blicken, könnte sie das die Kanzlerschaft kosten. Deshalb will sie diese Illusion so lange wie möglich aufrechterhalten.

An die Stelle dieses wahltaktischen Lavierens müssen wir – wie im innerdeutschen Föderalismus – eine Politik des Ausgleichs zwischen den europäischen Staaten durch eine realitätstüchtige Kooperationspolitik setzen. Ausgleich belohnt keineswegs die Faulen, sondern bietet im föderalen Wettbewerb die Chance, die besten Lösungen zu finden, indem hoffnungslose Ungleichheiten von Startchancen überwunden werden, die aus dem Gebrauch der Freiheit, aus Fehlern und aus historischen Zufällen immer wieder entstehen. *Sozialdemokraten bauen darauf, dass Menschen immer »neu beginnen« können und nicht endgültig abgehängt werden dürfen. Solidarität belohnt nicht Verantwortungslosigkeit, sondern verhilft denen zu verantwortlichem Handeln, denen dies ohne Solidarität nicht gelingt.* Diese beiden Sätze gehören zum zeitlosen Credo der Sozialdemokratie. Es muss natürlich immer erneut mit politischer Klugheit umgesetzt werden, Missbrauch ist nie ausgeschlossen. Aber ohne diese Grundannahmen verrät die Sozialdemokratie ihre politische Botschaft.

Eine solche Botschaft bietet Europa die Chance, den notwendigen radikalen Schritt für einen wirklich zukunftssträchtigen neuen Anfang zu setzen. Dazu muss sie allerdings zwei schwierige Hürden nehmen: Erstens: Vertrauen, dass die Wähler mehrheitlich eine realistische und solidarische Europapolitik mittragen. Und zweitens: die ausdrückliche Abkehr vom »Standortwettbewerb«.

Es ist wahr, Umfragen zeigen in Deutschland und in Europa eine Europamüdigkeit, die es vordergründig gefährlich erscheinen lässt, dem Kanzlerinnenschmeichelkurs gegenüber den deutschen Wählern mit einer eigenen, klar soli-

darischen europapolitischen Linie entgegenzutreten. Umfragen des Eurobarometers belegen bis in die jüngste Zeit hinein, dass die Zustimmung zu Europa in den Mitgliedsstaaten unterschiedlich ausfällt, aber in den letzten Jahren gesunken ist, besonders bei den Deutschen, die bis 1990 als besonders pro-europäisch galten. Sie empfanden sich als Gewinner der europäischen Integration, weil sie auf diese Weise auch international politisch mehr Einfluss nehmen konnten und als Exportnation Vorteile vom erweiterten Markt hatten. Allerdings haben sie dabei immer einen besonderen Wert auf die Stabilität ihrer D-Mark gelegt und gegenüber der Einführung des Euro eine erhebliche Skepsis gehegt, ebenso wie die Furcht vor einer unseriösen Haushaltsführung ihrer Nachbarn.

Ansichts der Schuldenkrise der letzten Jahre in den Euro-Staaten fühlen sich nun viele in ihrer Sorge bestätigt, auf die Angela Merkel ihre Aufmerksamkeit konzentriert und die sie zugleich durch ihre Aussagen bekräftigt – was es ihr danach umso schwerer macht, das Steuer realpolitisch wieder herumzureißen. Da die Zustimmung der Deutschen zu Europa von jeher auf einem Kalkül von Vor- und Nachteilen der Mitgliedschaft beruhte, liegt als Folge eine Distanzierung nahe, wenn sich Nachteile oder auch nur riskante Bürgschaften abzuzeichnen scheinen. Im Vergleich zu allen anderen europäischen Ländern wenden sich die Deutschen jetzt denn auch am stärksten gegen eine Erweiterung der Europäischen Union. Im Übrigen hat in den letzten Jahren auch bei den anderen europäischen Bürgern eine rein instrumentelle Sicht gegenüber der Union zugenommen.

Andererseits genießt die Europäische Union als Akteur in der gegenwärtigen Finanzkrise mehr Vertrauen als die jeweiligen nationalen Regierungen (die G20 und der Weltwährungsfonds rangieren noch deutlich dahinter), eine starke Mehrheit – ca. 80 % – findet, dass man »gemeinsam stärker« sei als jeder für sich, und befürwortet eine intensivere politische und wirtschaftliche Integration (aktuelles Eurobarometer). In Bezug auf die Zukunftsstrategie »Europa 2020« fand der Topos »Unterstützung armer und sozial ausgegrenzter Menschen, um sie in die Lage zu versetzen, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen« die größte Zustimmung (79 %; Frühjahrs-Eurobarometer 2011), die Europäer schauten im Mai 2011 zuversichtlich in die Zukunft und glaubten, dass die EU auf dem richtigen Weg sei. Hieran kann eine europäisch-solidarische Politik anknüpfen.

Heute muss die SPD wie ehemals Willy Brandt bereit sein, europapolitisch für ihre Werte zu kämpfen und Risiken einzugehen. Noch ist genug Zeit vor der nächsten Bundestagswahl, um diese Entscheidung zu treffen, dafür zu mobilisieren und für einen entschiedenen, zugleich deutschen und europäischen, Gerechtigkeitskurs verlorene Wähler zurückzugewinnen.

Die Chance der SPD, für eine klare Alternative eine notwendige Wählermehrheit zu gewinnen, hängt davon ab, wie überzeugend ihre Argumente für deren erfolgreiche Umsetzung sind. Dafür muss der Grundstein der Merkel'schen Politik beiseite geräumt werden, wonach die Verschuldung der europäischen Staaten nur aus ihrer unseriösen Haushaltspolitik folgte, nicht aber aus der vorangegangenen Bankenkrise. Bei aller Unterschiedlichkeit der Fälle von Griechenland bis Irland weisen doch alle Daten auf die Bankenkrise als eigentliche Ursache hin, für die sich die Staaten stark verschuldet haben, wegen

geringerer Steuereinnahmen, um die Banken zu retten und die Wirtschaft anzukurbeln. Der wahrlich nicht sozialistisch zusammengesetzte Sachverständigenrat hat in seinem Jahresgutachten für die wirtschaftliche Entwicklung 2011/12 dazu das Notwendige gesagt. Damit würde auch das Scharnier für Merkels fantasielose Austeritätspolitik ausgehebelt, die die Banken- und Schuldenkrise faktisch auf dem Rücken der sozial Schwachen überwinden will. Indem sie deren demokratischen Protest diskreditiert, schwächt sie auch die Demokratie selbst. So wird der Weg frei, um die Realitätstüchtigkeit des Projekts einer solidarischen europäischen Kooperation von Europaparlament, Europäischer Kommission, Europäischem Rat und europäischer Bürgergesellschaft zu demonstrieren. In ihr können Eckpunkte einer europäischen Wachstumspolitik ebenso wie eine solidarische Finanzierung gemeinsam ausgehandelt werden. Das wäre der realistischere Weg im Vergleich zu Vorschlägen, eine europäische Bundesstaat-Lösung anzustreben. Die Kooperation mit einem sozialistischen französischen Staatspräsidenten bietet dafür eine motivierende Perspektive.

Zwar sind viele Deutsche bisher stolz auf unseren Exportüberschuss. Dass er nur die Kehrseite der Verschuldung der Nachbarstaaten darstellt, für die wir am Ende im eigenen Interesse haften müssen, wird von der Bundesregierung verschwiegen und von der Sozialdemokratie kaum öffentlich gemacht. Was die Deutschen beim Exportüberschuss gegenüber ihren Nachbarn durch eine koordinierte Wirtschaftspolitik verlieren würden, gewännen sie an gesamt-europäischer Stabilität. Das sichert die innereuropäischen Absatzmärkte für den Export Deutschlands und mindert das Risiko, für die Schulden der Nachbarn zu haften. Bleibt die Frage, wie eine öffentlich induzierte Wachstumspolitik den Strohfeuer-Effekt vermeiden und auf solide finanzielle Füße gestellt werden kann.

### **Abschied von der marktradikalen »Reform«-Agenda**

Das ist die zweite große Hürde, die die Sozialdemokratie für einen europapolitischen Neuanfang nehmen müsste. Die Bundesregierung und Mainstream-Wirtschaftsanalysten fordern zur Vermeidung des Strohfeuer-Effekts die verschuldeten Staaten auf, die Zeit des befristeten Rettungsschirms für »Reformen« der Deregulierungen, wie Flexibilisierungen am Arbeitsmarkt, die die Zeit der Marktradikalität kennzeichneten, zu nutzen. Das meint die Kanzlerin mit Wachstumspolitik durch »Strukturreformen« ohne aufwändige Finanzierung. Deren Beurteilung macht eine nüchterne Würdigung der Agenda 2010, insbesondere der Hartz IV-Reformen unumgänglich. Die Wirkung der Reformen hat, angesichts der komplexen Zusammenhänge nicht verwunderlich, folgende unterschiedliche Lesarten gefunden:

1. Die Agenda 2010 hat die deutsche Export- und Wettbewerbsfähigkeit wieder hergestellt, sie hat richtig, wenn auch mit schmerzlichen Einschnitten auf die Situation zu Beginn der Jahrhundertwende reagiert. Der Beweis dafür ist die gegenwärtige komfortable Wirtschaftssituation Deutschlands. Die verschuldeten europäischen Länder müssen diese Reformen jetzt nachholen.

2. Das aktuelle deutsche Exportwunder hat seine Ursache nicht in der Agenda, sondern vor allem in den Maßnahmen der Kurzarbeit während der Bankenkrise, also in der staatlich unterstützten »Hortung« von Arbeitskräften durch die Unternehmen. Der deutsche Vorteil nach der Finanzkrise lag in den erschlossenen Märkten in Südostasien, in der hochstehenden Technologieentwicklung, in der verlängerten Kurzarbeit und in der Mitbestimmung, die in den deutschen Unternehmen eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern und die schnelle Wiederaufnahme der Produktion ermöglicht haben. Es zeigt sich, dass Deutschlands Chancen nicht im Preiswettbewerb durch Lohnkostensenkung, sondern im Qualitätswettbewerb mit hochentwickelten Produkten liegen.

3. Niedrige Lohnabschlüsse und Ausweitung von Niedriglohnsektor und Leiharbeit mögen zwar die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den europäischen Nachbarn verbessert haben, steigern aber zugleich die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen mit den Nachbarländern. Deren z.T. überhöhte Lohnsteigerungen haben die Nachfrage nach deutschen Waren gestärkt mit dem Ergebnis eines Ungleichgewichtes von Ein- und Ausfuhr. Eine Stärkung der innerdeutschen Nachfrage durch Lohnerhöhungen, mit denen die Deutschen im europäischen Ausland gekauft und die Leistungsbilanz ausgeglichen hätten, gab es nicht. In Deutschland ist die Lohnquote sogar gesunken, was manche Nachbarn als Lohndumping empfunden haben.

4. In der Folge der Agenda 2010 ist, was immer ihr Einfluss auf die deutsche Wettbewerbs- und Exportfähigkeit war, jedenfalls das Lohnniveau eines Viertels der Arbeitnehmer auf die Armutsgrenze gesunken (Leiharbeiter, Mini-Löhner ohne Mindestlohn) und damit haben sich die sozialen Diskrepanzen in Deutschland verschärft. Der Rückgang der Arbeitslosenzahl ist nicht auf eine Erhöhung des Arbeitsvolumens zurückzuführen, sondern auf eine »Umverteilung« von Arbeit, die aber nicht den früheren Vorschlägen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften entsprach, sondern insgesamt Druck auf den Lohnsektor ausübt und auch gut qualifizierte Arbeitnehmer in prekäre Arbeitsverhältnisse gebracht hat. Hier setzt die praktische sozialdemokratische und gewerkschaftliche Korrektur an den Hartz IV-Reformen in Richtung Mindestlöhne und Gleichstellung von Leiharbeit mit regulärer Arbeit seit Jahren an.

Angesichts der letzten Einsicht erscheint es nicht überzeugend, den verschuldeten europäischen Ländern jetzt die deutschen Reformen zu empfehlen, die zur Erweiterung der sozialen Diskrepanzen führen würden unter Bedingungen, die wesentlich brisanter sind als in Deutschland. Eine Politik im Dienste der nachholenden Gerechtigkeit in Deutschland ist auf eine europäisch koordinierte Politik angewiesen, die die Gerechtigkeit von vornherein im Blick behält, nicht zuletzt um die Absatzmärkte in Europa zu stabilisieren. Dies steht im Gegensatz zu Merkels »Reform-Politik«, die den europäischen Nachbarn den Preiswettbewerb anstelle des erfolgreichen deutschen Qualitätswettbewerbs empfiehlt.

Wir müssen uns für die zukünftige Europapolitik von der marktradikalen Rhetorik und dem problematischen Teil der Agenda 2010 verabschieden. Dazu

**»Deutschlands Chancen liegen nicht im Preiswettbewerb durch Lohnkostensenkung, sondern im Qualitätswettbewerb mit hochentwickelten Produkten.«**



gehören u.a. die Betonung des »Forderns« gegenüber dem »Fördern« (die fatale Unterstellung, dass Arbeitslose vor allem faul sind und durch niedrige Unterstützung zur Arbeitssuche angetrieben werden müssen), die Regelungen der Leiharbeit, die de facto zur Entrechtung der Arbeitnehmer führen, und Minijobs, die, vor allem bei Frauen, Altersarmut vorprägen. Während die schwarzgelbe Regierung, weil sie dem marktradikalen Paradigma verhaftet bleibt, die Schröder'schen Reformen in Stein meißelt – Gerhard Schröder selbst lehnt das ab –, müssen Sozialdemokraten im Lichte ihrer Grundwerte aus den Erfahrungen lernen und die Wiederholung von Fehlern vermeiden. Die Forderung nach europaweiten Mindestlöhnen bezeugt ihre Lernfähigkeit.

### **Eine kooperative Europapolitik im Dienste der Gerechtigkeit**

Welche öffentlichen Wachstumsimpulse könnten Strohfeuer-Effekte vermeiden und wie können sie finanziert werden? Vor allem unterschiedliche Infrastrukturmaßnahmen: personal- und kostenintensive Investitionen in Bildung und Forschung, in erneuerbare Energien, in neue Netze, in kulturelle und technologische Innovationen, in Verfahren zum Schutz des Klimas und zur Einsparung von Rohstoffen. Es geht um Investitionen, die langfristig die Produktivität und den Reichtum steigern, ohne die Umwelt und den sozialen Zusammenhalt zu schädigen. Also um nachhaltige Wachstumspolitik.

Eine gemeinsame europäische Wachstumsstrategie muss kooperativ ausgehandelt werden. Als Eckpunkte eignen sich: der vom SPD-Präsidium im März 2011 beschlossene »Wachstums- statt Wettbewerbspakt« für eine »Stabilitätsstrategie zugunsten von Wachstum und Beschäftigung« und die Vorschläge Klaus Buschs für ein »Korridor«-Modell zur sozialen Sicherheit, das den Umfang des Sozialstaates an das ökonomische Entwicklungsniveau jedes Staates koppelt, um das Interesse insbesondere der osteuropäischen Staaten an nachholender Entwicklung zu berücksichtigen.

Abschied vom »Standortwettbewerb« heißt ja nicht, dass über Nacht die Unterschiede zwischen den europäischen Ländern und ihren Wirtschaften eingeebnet würden. Es geht um das Ingangsetzen einer gemeinsamen Aufwärtsspirale, statt jene, die in ihrer Infra- oder Technologiestruktur aufholen müssen, durch rücksichtslosen Wettbewerb aus Europa hinauszudrängen. Gemeinsame politische Rahmenbedingungen würden den innovativen Wettbewerb der Unternehmen und Branchen gerade fördern, nicht jedoch den zwischen den Staaten als »Standorten«, die ökonomisch gar nicht miteinander in Wettbewerb treten können.

Verabredete Linien einer gemeinsamen Lohn-, Sozial- und Finanzpolitik könnten zu einer Ausbalancierung der gegenwärtigen Leistungsbilanzungleichgewichte in Europa beitragen. Dazu gehört auch eine Kooperation der Bürgergesellschaften, namentlich der Gewerkschaften. Generell machen national beschränkte Lohnverzichte um des Wettbewerbsvorteils des eigenen Staates willen in diesem Kontext keinen Sinn, allerdings auch keine Lohnerhöhungen, die sich vom Produktivitätsfortschritt der jeweiligen Wirtschaft und der erwarteten Inflationsrate des Euro abkoppeln.

Eine Überwindung des »Standortwettbewerbs« könnte auch die dringend fällige Rahmenregelung der Finanzmärkte erleichtern, die immer wieder auf den Widerstand von nationalstaatlichen Interessen stößt. Das Engagement grenzüberschreitender gemeinwohlorientierter Nichtregierungsorganisationen kann die europäische Kooperation, z.B. durch die Stärkung der europäischen Öffentlichkeit, erheblich fördern.

Für die Finanzierung z. B. von Infrastrukturprogrammen im Energiebereich kommen neben der Transaktionssteuer (sowie eventuell – durch europäischen Beschluss – eine Vermögensabgabe derjenigen, die von der Finanzkrise profitiert haben) auch Eurobonds in ihren verschiedenen Varianten in Betracht. Mit ihnen kann die Zinslast der verschuldeten Länder gering gehalten und ein realistischer Weg für deren Tilgung gefunden werden. Sie können auch einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung von Wachstumsprojekten leisten, die ihrerseits für Wohlstand, Gerechtigkeit und die Erleichterung der Schuldentilgung sorgen. Ein Beispiel dafür wären europäische Projektbonds. Vielleicht könnte man auch den mit Liquidität gefluteten Banken, die untereinander kein Vertrauen aufbringen, Anreize dafür bieten, europäische Projektbonds zu niedrigen Zinsen zu erwerben, anstatt ungebrauchte Mittel erneut bei der EZB zu parken.

Die Merkel-Regierung wendet gegen Eurobonds ein, sie förderten nur den leichtfertigen Umgang mit Schulden. Darin zeigt sich das marktradikale Misstrauen gegenüber demokratischer Politik, die offensichtlich als weniger glaubwürdig gilt als die Finanzmärkte mit ihren partikulären Interessen, die demokratische Politik zur Verantwortung zwingen sollen. Dabei bleiben Demokratie und Gerechtigkeit auf der Strecke. Politiker mögen nicht immer verlässlich sein, weil sie Kompromisse zwischen verschiedenen Interessen aushandeln müssen, deren Ergebnisse nicht voraussehbar sind. Aber bei ihnen gibt es immerhin die Chance für ein kompetentes Handeln im Dienste der Gerechtigkeit.

Sozialdemokratische Gerechtigkeitspolitik wird europäisch sein, oder sie wird gar nicht sein. Statt des »Standortwettbewerbs« zwischen den Staaten muss sie den Wettbewerb zwischen den Unternehmen und den Branchen fördern, der von sozialer Stabilität, von Bildung und Forschung profitiert, in Europa und global. Denn bei fortgeschrittenen Industriegesellschaften kann es nicht um Preis-, sondern nur um Qualitätswettbewerb gehen, der von fairen und verlässlichen sozialen und politischen Rahmenbedingungen nur profitiert.

Wird die SPD für die anstehende Europapolitik den entschiedenen Mut, die Weitsicht und das großzügige Engagement wiedergewinnen, die sie unter Willy Brandt zur prägenden Kraft in Deutschland und in Europa gemacht haben? Sie könnte es! Yes, we should! ■